



**ROBERTO
BERNASCONI**
Grossrat, Malleray



**CHRISTOPH
AMMANN**
Grossrat, Meiringen

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
159 · Ausgabe BE · Dezember 2015



Nach zwölf Jahren im Gemeinderat von Malleray, davon vier als Gemeindepräsident, sowie sechs Jahren im Grossen Rat möchte ich als neue Herausforderung den Juratsitz im Regierungsrat übernehmen.

Als Mitglied der Finanzkommission natürlich Finanzen; Sozialpolitik, insbesondere die Sozialdienste; Asylpolitik.

- In Malleray war ich verantwortlich für den Neubau einer Schule und einer ökologischen Siedlung sowie für die Gemeindefusion.
- Die Überweisung meiner Motion, dank der man auch nach einer Gemeindefusion seinen Heimatort behält.
- Die Überweisung meiner Motion zur Gleichbehandlung bei der Besteuerung tiefer Renteneinkommen.

Ich möchte für eine gute Sozialpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums kämpfen. Weiter sind mir die Bildung, die Sicherheit und der öffentliche Verkehr wichtige Anliegen.

Aus dem Berner Jura bin ich es gewohnt, mit den Menschen an der Basis Wahlkampf zu machen und für meine Werte einzustehen. Genau das möchte ich auch in diesem Wahlkampf machen.

Als Bernjurassier ist es für mich wichtig, dass ich gerade im deutschsprachigen Kantonsteil viele Stimmen hole. Ich freue mich deshalb auf möglichst viele Einladungen zu Veranstaltungen und Aktionen.

Der Nominationsparteitag der SP Kanton Bern fand nach Redaktionsschluss statt. Bis zur Anmeldefrist am 1. Dezember 2015 wurden einzig Christoph Ammann und Roberto Bernasconi von ihren jeweiligen Regionalverbänden nominiert.

Warum möchtest du Regierungsrat werden?

Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Nenne drei politische Erfolge von dir.

Was möchtest du als Regierungsrat erreichen?

Worauf legst du deinen Fokus im Wahlkampf?

Wie kann dich die SP bei deinem Wahlkampf unterstützen?

Generell: Ohne rot-grüne Mehrheit droht ein Kahlschlag, etwa in der Bildung, im Gesundheitswesen und beim Personal. Persönlich: Nach zehn Jahren im Parlament ist der Reiz für diese Herausforderung gross.

Bildung; Sozialpolitik, insbesondere Menschen mit Behinderungen; Wirtschaftspolitik.

- Mein Engagement bei der ASP-Sparübung gegen drastische Kürzungen bei Behinderteninstitutionen und bei der Spitex.
- Die Überweisung meiner Motion zur Förderung von Gemeindefusionen.
- Viele kleine Erfolge in der Kommissionsarbeit bei der Suche nach vernünftigen Kompromissen.

Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen, nachhaltige Raumentwicklung fördern, Bildung stärken, soziale Stabilität sichern, Hauptstadtregion positionieren.

Auf meine politische Erfahrung als Gemeindepräsident und im kantonalen Parlament; auf meine berufliche Führungserfahrung; auf den Leistungsausweis der rot-grünen Regierung in den letzten 10 Jahren.

Am 28. Februar kommt es zu einer Richtungswahl für den Kanton Bern. Jede Form der Unterstützung ist wichtig und nötig, damit die SP die beiden Sitze halten kann!

Warum kam es zu einer Sektionsfusion im Frutigland?



Im Jahr 2013 stand es nicht gut um einige SP-Sektionen im Frutigland. Die Mitglieder waren in die Jahre gekommen, es fehlte an Nachwuchs. In Adelboden und Kandersteg war praktisch Stillstand. Dies veranlasste die damalige Präsidentin der Sektion Frutigen zu einem Info-Schreiben an alle Mitglieder dieser Sektionen mit dem Vorschlag, sich zusammenzuschliessen. Aber auch, über eine Auflösung der Sektionen nachzudenken. Das Info-Schreiben war ein Aufruf, diese Kapitulation zu verhindern, denn es durfte doch nicht sein, dass das SP-Gedankengut aus unseren Tälern verschwindet.

An der Hauptversammlung vom 21. März 2013 wurde der Fusion der drei Sektionen zur SP Frutigland zugestimmt. Aus Kandersteg und Adelboden nahm je ein(e) Vertreter(in) im Vorstand Einsitz.

Doch der neue Elan kam im Herbst 2014 erheblich ins Stocken. Man war erneut im Ungewissen, wie es weitergehen sollte. Die Nachbarsektion Reichenbach agierte bis anhin selbstständig und war recht gut aufgestellt. Wegen der sich erneut abzeichnenden «Schieflage» der SP Frutigland wurde ich als Präsident der SP Reichenbach von



Armin Gyger
Präsident SP Frutigland

mehreren Mitgliedern aus Frutigen angefragt, ja gebeten, das Präsidium zu übernehmen. Nach einigen Gesprächen und Sitzungen, auch im Beisein von Angelika Neuhaus und deren Nachfolgerin Zora Schindler, sowie dem Präsidenten der SP Spiez, wurde die entsprechende Strategie festgelegt. Das hiess: Die SP Reichenbach integriert sich in die SP Frutigland. Die Sektion Reichenbach stimmte dem Vorschlag an der HV im Februar 2015 einstimmig zu, denn den Mitgliedern von Reichenbach war es wichtig, dass die SP im Frutigland weiterhin aktiv präsent ist.

An der HV der SP Frutigland vom 26. März 2015 wurde die SP Reichenbach als vierte Sektion in die SP Frutigland integriert. Die Sektionen heissen jetzt SP-Ortsgruppen und für jede Ortsgruppe wurde ein Verantwortlicher bestimmt, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der SP Frutigland ist. Ich stellte mich als Präsident zur Verfügung und agierte anfangs vor allem als Troubleshooter. Der neu zusammengesetzte Vorstand ist engagiert. Für kommunale Wahlen und Abstimmungen sind die Ortsgruppen zuständig.

Es galt viel aufzuarbeiten. Die Mitgliederliste musste aktualisiert,

das Finanzwesen neu geregelt werden. Eine verbesserte Vernetzung und Kommunikation nach aussen wurde rasch umgesetzt. Aber wir haben weiterhin ein ernsthaftes Problem. Die grauen Haare wiegen in allen Ortsgruppen vor. Auch ich selbst weiss nicht, wie lange ich noch als Präsident wirken will, dieses Amt habe ich wirklich nicht gesucht. Immerhin werde ich demnächst 71 Jahre alt. Ich kann mir jedoch schlichtweg nicht vorstellen, dass die SP sich aus dem Frutigland einfach verabschiedet; auch deshalb habe ich als Präsident zugesagt.

Wir haben im Oberland mit teilweise fünfzig Prozent SVP-Wähleranteilen einen sehr schweren Stand. Wir halten die Stellung, zumindest weiterhin, melden uns zu Wort und beziehen Stellung, so oft als möglich auch in der lokalen Presse. In den letzten Wochen konnten wir, nicht zuletzt durch unseren Stand am Herbstmärit, neun neue Symptis gewinnen. Vielleicht findet sich darunter jemand, der bereit sein wird, ein Amt zu übernehmen. Uns allen ist es ein grosses Anliegen, durch diesen Zusammenschluss die Kräfte der SP im Frutigland zu stärken. Aber uns fehlen junge Mitglieder.

Poker um Spitalstandorte

Die Spitalstandortinitiative ist eine Bombe, die der Grosse Rat entschärfen muss. Diese Worte stammen vom SVP-Sprecher anlässlich der Eintretensdebatte in der Novembersession im Grossen Rat. Ironie der Geschichte: Es sind mehrheitlich SVP-Exponentinnen und -Exponenten, welche an vorderster Front hinter der Initiative stehen. Und es war die bürgerliche Mehrheit, welche die Weichen im Berner Gesundheitswesen vor Jahren so gestellt hat, dass wir heute über Spitalstandorte diskutieren müssen.

Es war geplant, in der Novembersession die Spitalstandortinitiative und die Gegenvorschläge zu beraten. Der Gegenvorschlag der Regierung fand aber schon in der vorbereitenden Kommission keine Mehrheiten. Dies, weil die vorgeschlagenen Finanzierungsvarianten durch Abgaben der Zusatzversicherer oder mittels Steueranlagerhöhung zu wenig Zustimmung fanden. Als Alternativen standen im Grossen Rat zwei kurzfristig eingereichte Gegenvorschläge von der SVP und der SP zur Debatte.

Initiative chancenlos, Gegenvorschlag prüfenswert

Die Voten der Fraktionen zeigten rasch, dass die Initiative im Grossen Rat keine Chance hat. Nicht die gut funktionierende und qualitativ

hochstehende Gesundheitsversorgung im Kanton Bern steht nämlich auf dem Spiel. Es geht vielmehr um regionalpolitische Fragen und um die Angst vor schleichendem Verlust eines flächendeckenden Service public; wenn es um Gesundheit geht, sind alle betroffen!

Klar ist: Die SP setzt sich ein für eine flächendeckende, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung. Dazu gehören gut ausgebildetes Gesundheitspersonal, Haus- und Spezialärzte. Es braucht einen funktionierenden Ambulanz- und Notfalldienst sowie die nötige Infrastruktur. Das ist nicht gratis zu haben. Der Kanton Bern gibt denn auch jährlich über eine Milliarde Franken für das Gesundheitswesen aus.

Staat ohne Einfluss auf die Spitalversorgung

Der bürgerlich dominierte Grosse Rat hat die Spitalversorgung sukzessive der staatlichen Kontrolle entzogen. In einem ersten Schritt wurden die Spitäler schon vor Jahren privatisiert. In einem zweiten Schritt hat die bürgerliche Mehrheit 2012 dem Entwurf für ein fortschrittliches Spitalversorgungsgesetz von Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud sämtliche Zähne gezogen. Der Gesetzesentwurf sah unter anderem einen Fonds zur Finanzierung von Leistungen vor, wel-



Michael Aebersold, Grossrat und Fraktionspräsident SP-JUSO-PSA-Fraktion

Ziel: eine flächendeckende, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung

che nicht kostendeckend angeboten werden können.

Logische Konsequenz dieser politisch motivierten Entscheide ist die Schliessung der Geburtshilfe in Riggisberg sowie der Geburtsabteilung im Spital Zweisimmen. Die Empörung war gross und Riggisberg plötzlich überall. Überrascht von den Geistern, die man gerufen hatte, lancierte ein SVP-dominiertes Komitee die Spitalstandortinitiative: ein Gesetzesvorschlag, welcher den Kanton verpflichtet, bestimmte Spitalstandorte mit vorgegebenem Leistungsangebot mindestens acht Jahre aufrechtzuhalten. Die Kosten dafür wären immens.

Der Grosse Rat will prüfen

Als Kompromiss hat die SP einen Gegenvorschlag in die Debatte eingebracht. Dieser nimmt Anliegen der Initiative auf, konnte aber nicht mehr vorberaten werden. Zu Recht hat der Grosse Rat deshalb das Geschäft an die Kommission zurückgewiesen. Ob ein Gegenvorschlag zustande kommt, hängt nun von den Initianten ab: Wie weit weichen sie von ihren Maximalforderungen ab, und sind sie überhaupt bereit, die Initiative zurückzuziehen? Falls nicht, kann es 2016 zu einem Poker um Spitalstandorte kommen. Gedient wäre damit niemandem.



Der Streit um Standorte: in Bern Spital geschlossen, Asylunterkunft eröffnet.

MERCI

Herzlichen Dank an alle Mitglieder, MandatärInnen, Sektionen und Regionalverbände für das riesige Engagement im Nationalratswahlkampf! Mit eurem Einsatz auf der Strasse, am Telefon und in eurem Umfeld habt ihr das gute Ergebnis der SP Kanton Bern überhaupt erst möglich gemacht.

Parteileitung SP Kanton Bern

AUTORINNEN GESUCHT!

Die SP Kanton Bern führt eine Liste mit Mitgliedern, welche die Haltung der SP regelmässig in den Medien vertreten und so zur allgemeinen Meinungsbildung beitragen. Als Unterstützung werden diese Personen mit Argumentarien und Hintergrundinfos versorgt.

Die SP Kanton Bern sucht derzeit weitere AutorInnen für den LeserInnenbriefe-Pool. Wir brauchen mehr Mitglieder, die ihre Meinung in Zeitungen und Onlinemedien kundtun wollen und damit aktiv dazu beitragen, auch soziale politische Ideen in die Debatte einzubringen.

Interessierte melden sich bitte bei Szabolcs Mihalyi, Kampagnenverantwortlicher SP Kanton Bern, szabolcs.mihalyi@spbe.ch, 031 370 07 87.

DAS WORT ZUM JAHRESENDE

Als ich mir überlegt habe, was ich zum Jahresende schreiben soll, stand bald einmal der Vorschlag einer 16-jährigen Genossin im Vordergrund: «Schreib doch über die Solidarität. Um sie dreht sich doch alles.»

Dies ist der Grund, wieso ich es liebe in der JUSO tätig zu sein. Weil junge Menschen die Gabe besitzen, in unserer komplexen, verworrenen Welt die Dinge auf das Wesentliche zu reduzieren.

Denn meine Genossin hat Recht. Die Solidarität ist der Wert, aus dem die JUSO, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaftsbewegung, die feministische Bewegung und viele andere hervorgegangen sind. Das Füreinander-Einstehen, auch wenn man selber nicht von der Problematik betroffen ist. Für mich das wunderschönste Gefühl der Welt.

Wir dürfen das gerade in Zeiten wie diesen nicht vergessen. Die Krise ist auch bei uns angekommen. Mit dem Entscheid der SNB, den Franken nicht mehr zu stützen, gehen in der

Schweiz tausende Arbeitsplätze verloren. Europa steckt in einer Krise wie seit den 30ern nicht mehr. Ganze Familien werden auf die Strasse gesetzt, weil sie ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen können. Die Arbeitslosigkeit hat historische Ausmasse angenommen. Überall feilen neoliberale und rechte Kräfte an den sozialen Errungenschaften, als stünden sie im Sonderangebot.

Und als wäre das alles nicht schlimm genug, versuchen populistische Rechte uns gegeneinander aufzuhetzen. Die Hetze geht gegen die, die sich nicht wehren können. Gegen Asylbewerber_innen, die Schreckliches erlebt haben, gegen Migrant_innen, die Arbeit ausserhalb ihrer Länder suchen müssen, weil es bei ihnen einfach nichts mehr hat. Die Rechte hetzt gegen Menschen, um der Wirtschaft zu dienen. Teile und herrsche heisst ihre Devise.

Vergessen wir aber nicht: Nicht die Kolleg_innen mit dem andersfarbigen Pass bestimmen den Lohn. Sondern die Chefs, die versuchen,

AGENDA

Kantonale Parteitage 2016 – definitive Termine

Die Termine der kantonalen Parteitage 2016 sind nun definitiv festgelegt:

- Mittwoch, 2. März, 19–21.30 Uhr in Bern
Antragsfrist für Berechtigte: 10.2.16
- Samstag, 11. Juni, 10–15 Uhr in Belp
Antragsfrist für Berechtigte: 20.5.16
- Mittwoch, 2. November, 19–21.30 Uhr in Bern
Antragsfrist für Berechtigte: 12.10.16

Wir bitten die Sektionspräsidien, die Antragsfristen in ihrer Jahresplanung zu berücksichtigen.

GROSSRATS-SESSIONEN 2016

Januarsession, 18.–28. Januar

Märzsession, 14.–24. März

Junisession, 30. Mai–9. Juni

Septembersession, 5.–15. September

Novembersession, 21. November–1. Dezember

Rote Feder

von der Krise auf dem Buckel aller Arbeitnehmenden zu profitieren. Unabhängig davon, woher diese kommen. Nicht die Flüchtlinge sind schuld an den Kriegen, sondern sie sind deren Opfer.

Setzen wir die Grenzen dort, wo sie hingehören. Zwischen Kapitalist_innen und Arbeiterschaft und nicht zwischen Nationen. Setzen wir uns ein gegen Kasinokapitalismus und für eine Wirtschaft für die Menschen und nicht für die Banken.

Che Guevara meinte mal, die «Solidarität sei die Zärtlichkeit der Völker». In diesem Sinne appelliert die JUSO: «Lasst uns zärtlich sein!». Ein Hoch auf die Internationale Solidarität.

Tamara Funicello,
Co-Präsidentin Juso
Kanton Bern

